



**Klaus Brähmig**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Klaus Brähmig, MdB · Wilhelmstr. 60 · 11011 Berlin

Herrn  
Rainer Rauch

11011 Berlin  
Platz der Republik 1  
Büro: Wilhelmstr. 60  
Raum 215 / 216  
Tel: (030) 227 - 75 203  
Fax: (030) 227 - 76 595  
Email:  
klaus.braehmig@bundestag.de

**Wahlkreis**  
Maxim-Gorki-Str. 1  
01796 Pirna  
Tel: (03501) 44 64 75  
Fax: (03501) 44 64 72  
Email:  
klaus.braehmig@wk.bundestag.de

Dorfplatz 1  
01705 Freital-Pesterwitz  
Tel: (0351) 6 58 56 35  
Fax: (0351) 6 58 56 37  
Email:  
klaus.braehmig@wk.bundestag.de

Berlin, 13.10.08  
ST2901

### **„Aktion Volksabstimmung“**

Sehr geehrter Herr Rauch,

vielen Dank für Ihre Stellungnahme im Zuge der „Aktion Volksabstimmung“. Es freut mich außerordentlich, dass Sie Ihr demokratisches Recht in Anspruch nehmen und sich mit Ihrem Anliegen an mich – Ihren direkt gewählten Bundestagsabgeordneten – gewendet haben. Dazu möchte ich Folgendes anmerken:

Bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2005 haben mir 40,9 Prozent der Wähler im Wahlkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge Ihr Vertrauen geschenkt. Damit konnte ich doppelt so viele Stimmen, wie SPD und DIE LINKE auf mich vereinen. Insofern wurde ich direkt von einer deutlichen Mehrheit des Volkes dazu bestimmt, die Interessen der Menschen aus unserer Region im Deutschen Bundestag zu vertreten.

Die sinkende Wahlbeteiligung und die steigende Politikverdrossenheit der letzten Jahre zeigt, wie wenig Bürger momentan von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen und sich aktiv an dem politischen Geschehen beteiligen. Vielerorts nutzen Parteien des rechts- und linksextremen Spektrums diese Stimmung, um die Protestwähler an sich zu binden.

Ihnen ist sicherlich bekannt, warum man beim Grundgesetz weitestgehend auf plebiszitäre Verfassungselemente verzichtet hat. Es waren die Erfahrungen mit den Volksentscheiden in der Weimarer Verfassung, die von Links und Rechts teilweise missbraucht wurden, um mit populistischen Forderungen das demokratische System zu destabilisieren. Mir ist durchaus bekannt, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht mit der Weimarer Republik zu

vergleichen ist, denn die Demokraten sind hier in der Überzahl. Dennoch befürchte ich, dass der Populismus dann endgültig über die Politik herrscht.

Die vehementen Diskussionen nach der 30-Millionen-Abfindung für Mannesmann-Chef Klaus Esser und dem gewaltsamen Überfall von zwei ausländischen Jugendlichen auf einen Rentner sind zwei gute Beispiele dafür, dass man mit Volksabstimmungen zwar enorme Emotionen wecken kann, die dann aber nicht für eine langfristige und durchdachte Politik stehen, sondern momentane Stimmungen ausdrücken.

Diese Meinung wird durch die Gesetzentwürfe, die die FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in den Deutschen Bundestag eingebracht haben, bestätigt. Denn die gleichen Parteien, die mehr direkte Demokratie wollen, sparen schon mal sicherheitshalber einige brisante Themen, wie die Wiedereinführung der Todesstrafe oder Abgabengesetze, von vorneherein aus. Die Vertreter der direkten Demokratie vertrauen ihrem eigenen Volk anscheinend nicht wirklich.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt den Gesetzentwurf entschieden ab. Durch die angedachten Quoten von fünf bzw. zehn Prozent der Wahlberechtigten, wird bei einer dreistufigen Volksgesetzgebung damit das Mehrheitsprinzip – ein Grundpfeiler einer jeden Demokratie – entscheidend verletzt. Die Zahlen der „Aktion Volksabstimmung“ sind noch geringer und bewegen sich fernab von jedem basisdemokratischem Verständnis. Zudem würde unter anderem durch die Prüfung der Stimmberechtigten, die öffentlichen Bekanntmachungen, die Druckkosten, die Versendung von Abstimmungsbenachrichtigungen und die Feststellung von Abstimmungsergebnissen die viel kritisierte bürokratische Schwerfälligkeit weiter zunehmen. Bedenken Sie auch die erheblichen Kosten, die bei solch einem organisatorisch komplexen Verfahren anfallen würden.

Wie Sie sehen, gibt es sicherlich gute Gründe für mehr direkte Demokratie, doch bei mir überwiegt der Zweifel, dass Menschen, die sich wenig mit Politik beschäftigen, für billige Wahlkampfzwecke aller Parteien missbraucht werden. Die Politik sollte aber in der Zukunft wieder verstärkt langfristige Orientierung bieten und sich nicht dem Zeitgeist unterwerfen. Deshalb kann und werde ich Ihre Initiative nicht unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

